



II-3121 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesminister für Gesundheit, Sport
und Konsumentenschutz
HARALD Ettl

1031 Wien, Radetzkystr. 2
Tel. (0222) 711 58/0

GZ 20.004/24-I/D/14a/91

1316 IAB

1991 -08- 16

zu 1320/J

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Heinz FISCHER

Parlament
1017 W i e n

14. August 1991

Die Abgeordneten zum Nationalrat Schuster und Kollegen haben am 19. Juni 1991 unter der Nr. 1320/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend IAE0-Studie über Reaktor-katastrophe von Tschernobyl gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Ist dem Ministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz die oben angeführte IAE0-Studie über Tschernobyl und seine gesundheitlichen Auswirkungen bekannt?
2. Gibt es Studien der WHO betreffend gesundheitsschädigende Strahlungswirkung nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl?
3. Sind Sie bereit, die Hauptpunkte der divergierenden Ergebnisse der Studie der IAE0 und jener der WHO darzustellen?
4. Welchen Ergebnissen dieser beiden Studien neigt das Bundesministerium für Gesundheit, Sport und Konsumentenschutz zu?"

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Die angeführte Studie ist meinem Ressort bekannt. Sie wurde auf Ersuchen der sowjetischen Behörden unter Beteiligung der EG-Kommission, der Food and Agriculture Organization (FAO), dem Internatio-

-2-

nal Labour Office (ILO), dem United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (UNSCEAR), der World Health Organization (WHO) sowie der World Meteorological Organization (WMO) im Jahre 1990 begonnen. Am Projekt arbeiteten auch mehrere österreichischen Experten mit, insbesondere im Rahmen der Erhebung der tatsächlichen Kontaminationssituation in den betroffenen Gebieten. Bei der Präsentation der Ergebnisse vom 21. bis zum 24. Mai 1991 in Wien waren Vertreter meines Ressorts anwesend.

Zu Frage 2:

Die WHO war an der Erstellung der genannten IAE0-Studie wesentlich beteiligt, insbesondere hinsichtlich der Abschätzung der gesundheitlichen Konsequenzen. Bereits 1989 gelangte ein Expertenteam der WHO im Zuge einer kleineren Studie zu ähnlichen Ergebnissen hinsichtlich der hier untersuchten Bevölkerungsgruppe. Studien mit ähnlichen Ergebnissen wurden auch vom Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und von der Gesellschaft vom Roten Halbmond durchgeführt.

Seitens der WHO sind weitere Studien im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall vorgesehen.

Zu den Fragen 3 und 4:

Nach Ansicht meines Ressorts gibt es keine divergierenden Ansichten in den Studien der WHO und der IAE0.

Die mißverständlichen Pressemeldungen könnten vielmehr darauf beruhen, daß die von der IAE0 geleitete Studie, an der ja die WHO be-

-3-

teiligt war, sich mit derjenigen Bevölkerung in der Ukraine, in Weißrussland und in der Russischen Föderation befaßte, die derzeit noch in den durch den Reaktorunfall höher kontaminierten Regionen lebt.

Die Studie schließt die evakuierte Bevölkerung der "Verbotenen Zone" (30 km Zone) sowie die an den Aufräumarbeiten Beschäftigten ("Liquidatoren") explizit aus.

Es sollten also nur die noch besiedelten Gebiete betrachtet und die Eignung der bisher getroffenen oder noch geplanten Maßnahmen zur Verringerung der zukünftigen Strahlenexposition der Bevölkerung beurteilt werden und nicht die gesundheitlichen Effekte der sicherlich schwerer betroffenen Gruppen.

Die IAEO ist sich dieser Einschränkung auch bewußt. Sie wies sowohl in den schriftlichen Berichten, als auch in der Präsentation und bei den Pressekonferenzen darauf hin.

Die nunmehr zur Diskussion stehende, weitere Untersuchung der WHO soll sich im Gegensatz dazu speziell mit der gesundheitlichen Situation der "Liquidatoren" befassen, die ja nicht mehr in den kontaminierten Regionen leben. Für diese Gruppe geht es also um eine Erfassung von möglichen Effekten aus der bereits erhaltenen Strahlendosis und nicht um Maßnahmen zur Verringerung einer zukünftigen Strahlenexposition.

Analoges gilt für die aus der 30 km-Zone evakuierte Bevölkerung, die innerhalb des sowjetischen Gesundheitssystems beobachtet wird.

-4-

Die im Mai 1991 präsentierte IAE0/WHO-Studie kam zu dem Ergebnis, daß in den betrachteten Gebieten bislang keine signifikante Erhöhung der Leukämie- und Schilddrüsenkrebsinzidenz gefunden werden konnte. Allerdings ist die Studie im Lichte ihrer inhärenten Schwierigkeiten - wie relativ niedrige Exposition der Bevölkerung, unsichere Datenlage sowie methodische und organisatorische Probleme - zu sehen. Die Studie schließt aufgrund verschiedener Unsicherheitsfaktoren die Möglichkeit von Inzidenzerhöhungen nicht aus.

Es ist zu beachten, daß aufgrund der Latenzzeiten von strahleninduzierten Malignomen definitive Aussagen unabhängig von den oben angeführten Schwierigkeiten erst nach Langzeitbeobachtungen möglich sind.

In diesem Zusammenhang wird auch auf laufende Untersuchungen, wie die "European Leukemia Incidence Study" der WHO, der International Agency for Research on Cancer sowie von UNSCEAR und auf Empfehlungen der WHO zur Erfassung von strahleninduzierten Schilddrüsenerkrankungen hingewiesen.

